

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

19. SEPTEMBER 2018 NR. 133 12. JAHRGANG



Foto: D. Rausch

NACH EINEM TÖDLICHEN MESSERANGRIFF AM RANDE DES CHEMNITZER STADTFESTES JAGEN RECHTSRADIKALE HOOLIGANS UND NEO-NAZIS AUSLÄNDER DURCH DIE STRASSEN DER STADT. AM NÄCHSTEN TAG DEMONSTRIEREN HUNDERTE RECHTE UND EBENSO VIELE GEGENDEMONSTRANTEN, DIE POLIZEI IST NICHT AUF DIE GEWALT DER RECHTEN EINGESTELLT UND STEHT DEM TREIBEN MACHTLOS GEGENÜBER. IN GANZ DEUTSCHLAND WIRD SEITDEM ÜBER DIE TRAGÖDIE VON CHEMNITZ, DEN IMMER STÄRKER UM SICH GREIFENDEN RECHTSRADICALISMUS UND DIE ROLLE DER AfD DEBATTIERT.

IN EINEM BREITEN BÜNDNIS HABEN SICH IN CHEMNITZ VEREINE, STADTGESELLSCHAFT, PARTEIEN UND GRUPPEN DER INSTRUMENTALISIERUNG DES SCHRECKLICHEN MORGES ENTGEGENGESTELLT. ABER ES MÜSSEN MEHR GEGEN DIE RECHTEN AUFSTEHEN !

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. debattiert:

DER KREISVERBAND DER LINKEN UND
DER FAHRPLAN FÜR DIE WAHLEN

2. informiert:

DIE KREISTAGSFRAKTION DER LINKEN
UND DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG

3. berichtet:

DIE STADT TRIER WÜRDIGT DEN
200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & freiberger arbeitskreis asyl
- 4/5 **titelthema 1: fahrplan für die wahlen 2019**
- 6/7 **titelthema 2: aus der kreistagsfraktion der linken**
- 8 **titelthema 3: karl marx und trier**
- 9 debatte
- 10 unsere serie zur politischen bildung - beitrag -37 - : das dublin-verfahren
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
- 12 termine & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Das „Superwahljahr“ 2019 mit Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen wirft seine Schatten voraus. Der Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN steigt in eine Etappe intensiver Arbeit ein. Nach den drei Regionalkonferenzen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen Ende Juli wird in einer Beratung der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta und des Wahlkampfmanagers Lars Kleba mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 18. September (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) der Fahrplan in Vorbereitung der Kommunalwahlen erörtert. Am 1. Oktober wird in Döbeln die erste von 13 Regionalkonferenzen zur Vorbereitung auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr durchgeführt. Ziel dieser Beratungen wird es sein, sich auszutauschen und thematische Vorschläge einzubringen. Anschließend werden in einem Mitgliederentscheid bzw. -befragung auf Landesebene Spitzenkandidatur und Schwerpunktthemen für die Landtagswahlen bestimmt. Ebenfalls noch im Oktober wird ein Kreisparteitag in Flöha die Schwerpunkte des Kreiswahlprogramms beraten und die Delegierten des Kreises für die Landesparteitage der beiden kommenden Jahre wählen. Auf einem weiteren Kreisparteitag im 1. Quartal des kommenden Jahres wird das Kreiswahlprogramm beschlossen und die VertreterInnen des Kreisverbandes für die Aufstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahlen bestätigt. Dazu hat der Landesparteitag der sächsischen Linken Ende August die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Auf den Seiten -4- und -5- berichten wir in unserem Titelthema -1- darüber.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN bereitet sich auf die Sitzung des Kreistages am 26. September vor. Wir werden im Oktober ausführlich darüber berichten. In dieser Ausgabe geht es um einen Beschlussvorschlag der Linksfraktion zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und um Informationen aus den Beratungen der Ausschüsse.

Den polemischen Artikel von Reinhard Kluge „Zum Scheitern des realen Sozialismus“ in unserer August-Ausgabe nehmen unser Redaktionsmitglied Michael Matthes in seiner Kolumne auf Seite -3- und unser Leser Peter Pöschmann auf Seite -9- zum Anlass, ihre Sicht der Dinge in die Debatte einzubringen.

Mit dem Karl-Marx-Jahr sind wir noch nicht fertig - siehe Seite -8- mit Teil 4 unseres Reiseberichtes aus Trier. Aber in unserer Serie zur politischen Bildung und Information geht es aus aktuellem Anlass noch einmal um die Flüchtlingspolitik. Diesmal erläutert unser Redaktionsmitglied Achim Grunke, was hinter der Dublin-III-Verordnung steckt. In den folgenden Ausgaben werden wir uns dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution und des Endes des 1. Weltkrieges widmen.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

die geschehnisse in chemnitz machen mir angst

Von Ruth Fritzsche

Wir alle haben von den Ereignissen in den letzten Tagen in Chemnitz gehört. Der gewaltsame Tode von Daniel H. wird von der extremen Rechten aus dem ganzen Bundesgebiet genutzt, um in Chemnitz eine Machtdemonstration mit gewaltsamen Ausschreitungen zu veranstalten. Das hat mich als Linke und bestimmt alle Linken tief betroffen gemacht. Dass nun wieder Nazimob durch die Straßen ziehen darf. Chemnitz ist meine Heimatstadt. In dieser Stadt lebte ich von 1926 bis Ende August 1946. Dieses Datum weist aus, dass ich dort meine Kindheit und Jugendzeit verbrachte und das unter der Knute der Nazis. Mein Wohnort war Oberaltchemnitz, die Olbernhauer Straße. In sieben dreistöckigen Häusern lebten dort einfache Menschen wie auch meine Familie. Mit Beginn der Nazizeit und das wurde immer schlimmer, hingen an den Fenstern die Nazifahnen eine an der anderen. Als Kind einer Kommunistenfamilie war das für mich grauenvoll, da ich leider auch miterleben musste, wie mein Onkel mit den Worten „Fritzsche raus“ mit erhobenen Händen vor mir stand und sich dann von SA-Männern abführen lassen musste. Mit der Zeit wurde mir auch durch die Unterstützung meiner Eltern immer klarer, dass aus dem roten Chemnitz ein braunes Chemnitz geworden war und die Stadt noch im März 1945 in Schutt und Asche unterging. Beherzte Antifaschisten nahmen dann die Geschicke in die Hand, bis zum bitteren Ende 1989. Und so musste es wohl kommen, dass nach fast 30-jähriger CDU-Herrschaft in Sachsen, die neben ihren vielen Fehlleistungen – kaputte Schulen, Lehrermangel, Ärztemangel. Leiharbeit, Minijobs - angefangen bei Herrn Biedenkopf bis zu Herrn Kretzschmer alles beschwichtigt wurde, was mit dem erneut aufkommenden Rechtsextremismus zu tun hatte und noch hat. Nur unter diesen Umständen konnten Pegida und AfD ihr Süppchen kochen. Das Ergebnis hat sich nun ganz besonders extrem in Chemnitz gezeigt „Brave Bürger“, die nach ihrer Meinung befragt, überhaupt nicht rechts sein wollen, laufen aber in Scharen mit der AfD, mit den Nazis und auch mit den sogenannten Bürgern von „Pro Chemnitz“. Sie sind dabei, wenn geschrien und Jagd auf Menschen gemacht wird. Nicht Chemnitz ist schuld, sondern die Hauptschuld trägt die Politik, trägt auch ein Herr Seehofer und ein Herr Maaßen. Ich sage aber, die Straßen und Plätze gehören nicht dem Mob, sondern uns, den zivilisierten Menschen.

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 17. Oktober 2018. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 10. Oktober**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine

Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski,

Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer,

Hans Weiske (verantwort. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A•Bi•Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Reinhard Kluge überschrieb seinen Beitrag in der jüngsten Ausgabe der LinksWorte „Zum Scheitern des realen Sozialismus“. Dort führte er aus: „Für die historische Niederlage des realen Sozialismus ... (wurde) ... dessen ökonomische Schwäche in der Systemauseinandersetzung als Ursache namhaft gemacht.“ Das provoziert Überlegungen bei Jemandem, der vierzig Jahre hautnah erlebt hat, was sich da entwickelte. Ist der Sozialismus gescheitert? Wohl kaum. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung steht am Ende eines Entwicklungsprozesses. Folglich kann nur der Versuch gescheitert sein, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Man kam nicht am Ziel an. Man unterlag den Kräften der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die es zu überwinden galt – und immer noch gilt. Ergo – es scheiterten die Sozialisten. Ich zähle mich dazu. Wenn jemand mit einem Versuch scheitert, dann liegt es meistens daran, daß er von der Materie zu wenig versteht. Oder aus den Versuchsergebnissen nichts lernt. Trial and error.

Karl Marx und Friedrich Engels haben die Wissenschaft begründet, niedergelegt in drei Bänden „Kapital“. Doch fand diese Wissenschaft den Weg von der Theorie zur Praxis. In Anbetracht der Resultate – wohl eher nicht. Warum eigentlich? Ich erinnere mich an Lehrbücher zum dialektischen und historischen Materialismus, zur politischen Ökonomie des Kapitalismus sowie – aufgemerkt – zur politischen Ökonomie des Sozialismus. Man kann einwenden: Das sei überholt. Widerspruch! Man sehe sich die Rechenbücher von Adam Ries im Annaberger Museum an. Man braucht eine Einweisung in das Rechnen „... auf der Linien“. Doch es stand am Anfang dessen, was sich heute auf jedem Smartphone abspielt. Es war eben der Anfang, es wurde etwas daraus.

Nun erfreuen sich die Sozialisten von damals ihres Lebensabends. Doch was haben sie aus ihrem – gescheiterten – Versuch gelernt? Welches sind die Ursachen für den Fehlversuch? Denn auch ein Fehlversuch liefert Ergebnisse. Nämlich das, was verändert werden muß, damit der nächste Anlauf gelingt. Mir scheint aber, daran hapert es gewaltig. Nachdem mich der Marx-Film, je öfter ich ihn sah, immer stärker beeindruckte, schrieb ich an Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch und beauftragte sie namens der Mitglieder unserer Partei, wie weiland die Mitglieder des Bundes der Gerechten/Kommunisten, ein Kommunistisches Manifest 2.0 auf den Tisch zu legen. Sahra Wagenknecht reagierte nicht. Von Dietmar Bartsch dagegen erhielt ich eine eMail – immerhin. Dietmar Bartsch, Doktorand des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erklärte sich für nicht zuständig. Ein „führender“ Genosse einer sozialistischen Partei – das hoffe ich jedenfalls. (mm)

sächsischer ausländerbeauftragter besucht freiberger arbeitskreis

Von **RUTH KRETZER-BRAUN**

Am 17.08. 2018 begegneten sich Prof. Mackenroth, Ausländerbeauftragter des Sächsischen Landtages und Mitglieder des Arbeitskreises «Ausländer und Asyl e. V. «Freiberg im Mehrgenerationenhaus in Freiberg. Herr Mackenroth besucht auf seiner „Sommer-tour“ alle Vereine, die für den Integrationspreis Sachsen vorgeschlagen wurden.

In Vorbereitung seines Besuches bei uns war es möglich, Fragen, denen sich unsere Mitglieder bei der direkten Betreuung von Asylbewerbern und

trotz Zuzugsstopp in Freiberg (Wohnungssuche).

Als Jurist verwies er besonders auf die Einhaltung der gesetzlichen Regeln, auch wenn das manchmal aus ethischer Sicht schwierig sei, das verlange aber unser Rechtsstaat.

Er strebt an, eine zentrale Hotline für Sachsen zu seinem Büro einzurichten, die vor allem Ehrenamtlern die Arbeit erleichtern soll, wenn sie sich direkt an den Sächsischen Ausländerbeauftragten wenden können, ohne die „Ämter-Stufen-Leiter“ erklimmen zu müssen.



Zum Abschluss der Begegnung wurde ein gemeinsames Foto „geschossen“. Es zeigt Prof. Mackenroth (rechts) mit Mitgliedern des Arbeitskreises Ausländer und Asyl e. V. Freiberg. Aktiv im Arbeitskreis sind von der LINKEN die Vorsitzende **KORNELIA METZING** (dritte von links), **ALBRECHT TOLKE** (Bildmitte hinten) sowie das Ehepaar **RUTH UND JOHANNES KRETZER** (zweite und dritter von rechts)

deren Familien stellen müssen, an sein Büro zu senden. Dieser Idee folgten einige Vereins-Mitglieder und sie erhielten Hinweise für ihr weiteres Vorgehen.

Inhalte des einstündigen Austausches nach einer persönlichen Vorstellungsrunde waren:

- die Veränderungen des Leiharbeitergesetzes (01.03.2018) – Anpassung der Löhne an die der deutschen beim Unternehmen Beschäftigten nach 9 Monaten – Stand tatsächlich (Beispiele aus der Betreuungsarbeit der Vereinsmitglieder)
- Abschiebungen – be schwerer Krankheit oder Behinderung – welche Hilfen sind möglich?
- Familienpatenschaften mit Leben erfüllen

Das wäre sicher eine Hilfe für uns und andere Vereine. Es gab auch einen Gedankenaustausch zum Besuch der Kanzlerin am 16. August in Dresden und zur Rolle der AfD. Er wünschte uns weiterhin viel Kraft und Ausdauer bei den nicht leichten Aktivitäten im Ehrenamt zugunsten der Asylbewerber.



Im mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN hat sich der Wahlstab gegründet, welcher die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen vorbereiten wird. Am 26. Mai 2019 stehen die Europa- und Kommunalwahlen an, am 1. September 2019 die Landtagswahlen. Mit drei Regionalkonferenzen im Bereich der Altkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida wurde der Startschuss für die Vorbereitung der Kommunalwahlen gegeben.

Wir informieren in unserem heutigen Titelthema -1- über den Landesparteitag der sächsischen LINKEN, welcher am 25. August stattgefunden hat und auf welchem es bereits um die Weichenstellung für die Landtagswahlen ging. Weiterhin geht es um die Zielstellung der im Oktober und November stattfindenden Regionalkonferenzen.

Am 20. Oktober findet in Flöha ein Kreisparteitag statt. Im Mittelpunkt werden erste Überlegungen zum Wahlprogramm des Kreisverbandes und der Fahrplan bis zu den Kommunalwahlen stehen.

im mittelpunkt des landesparteitages: mitgliederentscheid und -befragung sowie wahl- und aufstellungsverfahren

Die sächsische LINKE hat auf der 3. Tagung des 14. Landesparteitages für einen breit angelegten **Mitgliederentscheid- sowie eine Mitgliederbefragung** votiert. In diesem, für Sachsen einmaligen, basisdemokratischen Prozess sollen die Mitglieder verstärkt in den Themen- und Personalfindungsprozess eingebunden werden. Damit sind die Weichen für die Landtagswahl 2019 gestellt. Ab Oktober sind die Mitglieder des Landesverbandes angehalten, sich auf 13 Regionalkonferenzen auszutauschen und thematische Vorschläge einzubringen. Anschließend werden in einem Mitgliederentscheid bzw. -befragung Spitzenkandidatur und Schwerpunktthemen bestimmt. Die öffentliche Auszählung wird am 1. Dezember durchgeführt.

Der Landesparteitag hat ein **Wahl- und Aufstellungsverfahren** beschlossen und ist dabei dem Vorschlag des Landesvorstandes gefolgt. Inhaltlich orientiert sich das Verfahren an dem Verfahren von 2014. Beschlossen ist eine 20er Liste. Diese setzt sich aus einem/r Spitzenkandidat*in mit seinem

Kernteam von vier Personen sowie 15 weiteren Personen zusammen. Bei der Quotierung werden die 13 Kreisverbände ebenso wie der Jugendverband berücksichtigt.

Der Landesparteitag beschloss in einem Leitantrag die Fortsetzung der Arbeit und Diskussion zu einem **Alternativen Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht** (Arbeitstitel Aleksa).

Weiterhin beschloss der Landesparteitag die finanzielle, personelle und organisatorische Unterstützung des Vereins **„Gemeinsam länger lernen in Sachsen. Eine Initiative zur Änderung des Schulgesetzes“** bei der Vorbereitung und Durchführung eines Volksantrages und eines Volksbegehrens zum längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen.

Beschlossen wurde auch ein Antrag zu den **Kommunalwahlen 2019**. 2014 konnten wir als Partei über 1000 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten, in Kreistagen und Ortschaftsräten erringen. Diese Position gilt es 2019 zu verteidigen und auszubauen.



Aktiv auf dem Landesparteitag dabei: Mitglieder des Kreisverbandes Mittelsachsen. In der lebhaften Diskussion ergriffen das Wort (auf unseren Bildern von oben nach unten): Die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, die stellvertretende Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete **JANA PINKA**, der Wahlkampfmanager und Mitglied im Landesvorstand **LARS KLEBA**. Unter den Delegierten auch der langjährige Kreisvorsitzende **FALK NEUBERT** und der Vorsitzende des Ortsverbandes Mittweida, **TORSTEN BACHMANN**.



für das wahljahr 2019

wahl-fahrplan des kreisverbandes mittelsachsen

Am 5. September konstituierte sich der kreisliche Wahlstab. Er steht unter der Leitung der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta, als Wahlkampfmanager wird ihr in bewährter Form Lars Kleba zur Seite stehen. Weiterhin arbeiten Vertreter der Kreistagsfraktion, der Schatzmeister und Koordinatoren für die Regionen Döbeln, Freiberg und Mittweida mit. Einigkeit bestand darin, dass der Wahlstab die Wahlen 2019 organisatorisch in ihrer Gesamtheit führt. Das bedeutet die Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai und die Landtagswahlen am 1. September einheitlich angehen.

Worum geht es in den kommenden Wochen und Monaten:

2018

- Am 18. September (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) werden in einer Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden die Schwerpunkte der Vorbereitung der Kommunalwahlen abgesteckt.
- Am 1. Oktober findet die „Regionalkonferenz Mitgliederentscheid Mittelsachsen“ statt. Sie ist die Auftaktveranstaltung für insgesamt 13 Regionalkonferenzen in Sachsen bis 15. November. Auf ihnen wird entsprechend des Beschlusses des Landesparteitags ein Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur und Schwerpunktthemen vorbereitet, wozu thematische Vorschläge eingebracht werden sollen. Der Mitgliederentscheid selbst findet vom 13. November bis zum 30. November statt.
- Am 20. Oktober findet ein Kreisparteitag statt. Im Mittelpunkt steht die Debatte über die Schwerpunkte des Wahlprogramms. Darüber hinaus werden die Delegierten zu den Landesparteitagen 2019 und 2020, die Mitglieder für den Landesrat sowie die VertreterInnen des Kreisverbandes für die BundesvertreterInnen-

versammlung zur Europawahl gewählt.

- Am 22. November führt das Kommunalpolitische Forum Sachsen für unsere Region in Mittweida eine Veranstaltung unter der Überschrift „Lust auf Stadtrat“ durch.
- Am 5. Dezember wird in den Geschäftsstellen und Bürgerbüros ein „Tag des Ehrenamtes“ durchgeführt, wo die für die LINKE aktiven Ehrenamtler zu einem Tag der offenen Tür eingeladen werden.

2019

- Ab 3. Januar beginnt die KandidatInnen-Aufstellung. Dabei geht es um die rechtsverbindliche Aufstellung der Wahlvorschläge für die Stadtratswahlen die Gemeinderäte und (soweit möglich) die Ortschaftsratswahlen.
- Im Februar/März findet ein weiterer Kreisparteitag statt. Im Mittelpunkt steht der Beschluss des Kommunalwahlprogramms. Nominiert werden die „SpitzenkandidatInnen“ für die Kreistagswahl unter dem Motto „Unsere Gesichter für den Landkreis“, weitere Kandidierende für den Kreistag, die (rechtsverbindliche) Aufstellung von fünf WahlkreisbewerberInnen zur Landtagswahl sowie die Wahl der VertreterInnen zur Landesvertreterversammlung.
- Am 13. und 14. April stellt die LINKE Sachsen auf einer LandesvertreterInnen-Versammlung die Landesliste für die Landtagswahlen auf.
- Der 21. März ist der letzte mögliche Termin der Einreichung von Wahlvorschlägen.
- Am 1. Mai wird mit geeigneten Veranstaltungen der Wahlkampfauftakt gegeben.
- Am 26. Mai finden die Europa- und Kommunalwahlen statt.

die geschehnisse in chemnitz

Zu den Geschehnissen in Chemnitz erklärt ANTJE FEIKS, Landesvorsitzende der DIE LINKE. Sachsen:

Die Ereignisse der letzten 48 Stunden in Chemnitz machen mich fassungslos. Nach der Auseinandersetzung auf dem Chemnitzer Stadtfest musste ich mit Bestürzen zur Kenntnis nehmen, dass einer der drei Schwerverletzten seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen ist. Mein aufrichtiges Beileid gilt den Angehörigen. Ich hoffe, dass das Geschehene durch die Ermittlungsbehörden zügig aufgearbeitet und diese Tat strafrechtlich geahndet werden

dierender, gewaltbereiter Mob durch die Innenstadt Chemnitz und macht Jagd auf Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe oder vermuteter politischer Einstellung. Eine Eskalationsspirale, die ihres gleichen sucht. Das Sachsen ein Problem mit gefestigten rechten Strukturen hat, war vielen bewusst. Leider nicht allen. Aber bei der Staatsregierung und besonders der herrschenden CDU sollte Dringlichkeit nunmehr ankommen: Das was in Chemnitz am Sonntag passierte, darf sich nicht wiederholen. Chemnitz darf kein zweites Rostock-Lichtenhagen werden. Ich habe die Hoffnung, dass die Menschen sehen und verstehen, wessen Geistes Kind aus diesem tragischen Tod Kapital zu schlagen versucht.



kann. Auch hoffe ich auf eine baldige Genesung der Verletzten. Die sich anschließende Mobilisierungswelle im Spektrum der extremen Rechten und Hooligans lassen Erinnerungen an die Pogrome zu Beginn der 90er Jahre aufkommen. Ein rechter Mob schafft es, das Gedenken zu instrumentalisieren und für sich zu vereinnahmen. In pogromhafter Stimmung zieht ein maro-

Warnungen vor genau so einer Situation wurden in der Vergangenheit nicht nur zu oft ignoriert, sondern als falsch dargestellt. Rechte Hetze hat sich in den Alltag geschlichen und ist zur unwidersprochenen Selbstverständlichkeit geworden. Es müssen die Vielen, die rechte Hetze verabscheuen, die Humanistinnen aufstehen. Wir sind mehr und werden uns das nicht mehr bieten lassen.“



Antrag unserer Fraktion zum nächsten Kreistag zur Gewährung finanzieller Unterstützung Medizinstudierender

Fast jeder Bürger im Landkreis hat sicherlich schon einmal vor dem Problem gestanden, dass man einfach keinen Facharzttermin bekommt. Wenn doch erst in mehreren Wochen oder gar Monaten. In einigen Fachrichtungen haben nicht einmal mehr alle größeren Städte Fachärzte. Zudem gehen in den nächsten Jahren sehr viele Ärzte in den Ruhestand. Die Zahl der Praxen, die keinen Nachfolger finden, nimmt auch zu. In unseren Krankenhäusern praktizieren viele Mediziner aus anderen Ländern. Nicht dass wir damit ein prinzipielles Problem haben, aber die Kommunikation Arzt – Patient kommt durch die Sprachbarrieren einfach zu kurz. Und wenn wir einmal ehrlich sind, irgendwann fehlen diese Ärzte sicherlich auch in deren Herkunftsländern. Es gibt Praxen, die keine Patienten mehr aufnehmen können, weil sie schon am Limit angekommen sind. Medizinische Versorgungszentren sind sicherlich eine gute Sache, um hier zu helfen. Allerdings geht das eben auch nicht flächendeckend. In Sachsen kann man in Dresden und Leipzig Medizin studieren. Da Studenten gern dort bleiben, wo sie sich eingelebt haben, bleiben diese dann oft in den beiden Ballungszentren. Sie treten dort ihre Facharztausbildung an und finden dort auch ihren Lebensmittelpunkt. Zu wenige gehen in den ländlichen Raum zurück.

Das ganze Dilemma geht so weit, dass Patienten an Stelle zu einem Facharzt, der weit weg und erst in Wochen einen freien Termin hat zu gehen, lieber die Notaufnahme der Krankenhäuser in Anspruch nehmen. Dafür ist die Notaufnahme jedoch nicht ausgelegt. Die Sicherstellung der medizinischen Betreuung liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese überwacht die Versorgungszahlen und bestimmt an Hand von Schlüsseln, ob eine Über- oder Unterversorgung regional und fachärztlich vorliegt. In der Ärztezahl sind alle Ärzte, sowohl private Praxen, medizinische Versorgungszentren (MVZ) wie auch angestellte Krankenhausärzte enthalten. Wenn eine Unterversorgung festgestellt wird, so wird eine Stelle ausgeschrieben. Zusätzlich gibt es in diesen Fällen Förderung durch den Freistaat Sachsen.

	SCHLÜSSEL (ANHALTSWERT)	VERSORGUNGSGRAD IN		
		DÖBELN	FREIBERG	MITTWEIDA
HAUSÄRZTE	1:1.700	95,2 %	93,1 %	90,1 %
AUGENÄRZTE	1:22.100	57,9 %	120,5 %	113,5 %
CHIRURGEN	1:42.300	192,7 %	183,9 %	177,6 %
FRAUENÄRZTE	1:6.400	159,0 %	141,7 %	124,3 %
HAUTÄRZTE	1:41.900	186,2 %	145,0 %	68,7 %
HNO	1:33.1000	149,9 %	140,6 %	165,7 %
KINDERÄRZTE	1:2.900	128,0 %	85,0 %	173,7 %
NEUROLOGEN	1:31.900	190,2 %	113,5 %	184,1 %
ORTHOPÄDEN	1:26.300	155,9 %	120,9 %	129,3 %
PSYCHOTHERAPEUTEN	1:8.600	138,1 %	126,5 %	172,7 %
UROLOGEN	1:49.600	132,8 %	156,0 %	128,9 %

TABELLE 1: Die gerundeten Schlüsselwerte (Orientierung für die Anzahl der Einwohner, auf die ein Arzt kommt) und der aktuelle Versorgungsgrad in Mittelsachsen.

Da unserer Auffassung nach die bestehenden Regelungen zur Ansiedlung medizinischen Nachwuchses im ländlichen Raum nicht ausreicht, möchten wir, dass der Landkreis hier einspringt. Wir möchten Medizinstudenten eine Art Stipendium anbieten, wenn sie sich verpflichten nach ihrer Ausbildung in unserem Landkreis zu praktizieren.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Mittelsachsen beauftragt den Landrat zu prüfen, ob Medizinstudierende mit einem Stipendium unterstützt werden können, sofern die Studierenden sich rechtlich gesichert verpflichten, nach Beendigung ihres Studiums im Landkreis Mittelsachsen zu praktizieren.

Begründung:

Ziel ist es, damit direkte Initiativen zur Sicherung des ärztlichen Nachwuchses für den Landkreis zu ergreifen, um auch perspektivisch die ärztliche Versorgung im Landkreis unterstützend zu sichern. An Hand der beiliegenden Zahlenübersicht aus dem „Planungsblatt zur Dokumentation des Standes der vertragsärztlichen Versorgung gemäß § 4 Abs. 1 Satz 6 BP-RL“ der Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sachsen mit Stand vom 01.07.2017 ist der aktuelle und perspektivische Versorgungsgrad ersichtlich und zeigt eine drohende Unterversorgung im Bereich der Haus-, Augen- und Hautärzte sowie bei Kinder- und Jugendpsychotherapeuten.

Voraussetzung für die Gewährung ist, dass der/die Studierende neben der Verpflichtung für eine spätere Tätigkeit im Landkreis, an einer deutschen Universität für Medizin immatrikuliert ist sowie der Nachweis des erfolgreichen Abschlusses des 1. Abschnitts der ärztlichen Prüfung vorliegt.

Die Stipendien sollen mit Rechtskraft des Haushaltsplanes 2019/20 ausgeschrieben werden. Es sollen jährlich Stipendien für mindestens 3 Studierende mit einer monatlichen Förderung in Höhe von 400,00 EUR pro Person zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung hat dafür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Kosten sind im Haushaltsplan einzustellen. Diese belaufen sich auf 4.800,00 EUR pro Studierenden im ersten Jahr.

Wir sind gespannt auf die Haltung der anderen Fraktionen zum Kreistag.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Der Landkreis Mittelsachsen erbt 212.500 EUR zweckgebunden für Kinder und Jugendliche mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen.

Die Erblasserin ist Elfriede Christa Bugner aus dem Lunzenauer Ortsteil Göritzshain. Das Landratsamt hat geprüft, wie die testamentarische Verfügung der Erblasserin sinnvoll und ihrem letzten Willen entsprechend umgesetzt werden kann. Es besteht eine Stiftung für Soziales und Umwelt der Kreissparkasse Mittelsachsen. Zu deren Stiftungszwecken gehörte unter anderem der Wunsch der Verstorbenen. Da die Gründung einer Stiftung durch den Landkreis einen enormen Aufwand verursachen würde, kommt der Vorschlag die Summe als „Zustiftung“ an oben genannte Sparkassenstiftung zu geben. Das Geld in das Vermögen der Stiftung gespendet wird mit der Folge, dass es dauerhaft erhalten bleibt und aus seinen Erträgen die Förderungen der Stiftungszwecke erfolgen. Die Sache lag in der Zuständigkeit des Verwaltungs- und Finanzausschusses. Dieser hat dem zugestimmt.

von SABINE LAUTERBACH

jana pinka im land der „russischen schweiz“

OBJEKT	MAßNAHME	KOSTEN
Augustusburg, Untere Schlusstraße 34	Abbruch	100.000 €
Frankenberg, Chemnitzer Straße 40	Abbruch	150.000 €
Hartha, Feldstraße 6	Gebäude verschließen	3.050 €
Mittweida, Zschöppichen a - c	Verkehrs- sicherung	20.660 €
Großschirma, Reinsberger Straße 20	Abbruch	50.000 €
Waldheim, Breitscheidstraße 30	Abbruch Schorn- stein, Dachsicherung	10.260 €
Waldheim, Talstraße 1	Abbruch	58.330 €
Waldheim, Waldheimer Straße 22	Abbruch	4.000 €
Geringswalde, Am Klosterbach 20/22	Abbruch	100.000 €
Hartha, Gerhard-Hauptmann-Straße 7	Abbruch	100.000 €
Sayda, Brauereiweg 6	Abbruch	150.000 €
SUMME		746.300 €

TABELLE 2: Bewilligung von Maßnahmen der Ersatzvornahme in diesem Jahr, vorgeschlagen durch die Bauaufsicht des Landratsamtes

Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für die Ausgleichsleistung nach dem Öffentlichen Dienstleistungsauftrag für den Öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Mittelsachsen.

Für das Jahr 2018 wurde auf der Grundlage gemäß Zusatzvereinbarung zu Öffentlichen Dienstleistungs-Aufträgen (ÖDA) der von der REGIOBUS Mittelsachsen GmbH eingereichten Prognoseberechnung vom September 2017 eine Ausgleichszahlung von 9,6 Millionen Euro festgelegt. Die Auszahlung erfolgte in gleichbleibenden Monatsraten. Auf der Grundlage des in der Aufsichtsratsberatung am 11.06.2018 beschlossenen „präzierten Wirtschaftsplanes 2018“ legte REGIOBUS eine präzierte Prognoseberechnung 2018 vor. Diese weist einen Mehrbedarf in Höhe von 610.000 Euro auf. Die Begründungen sind Mindereinnahmen aus dem Fahrscheinverkauf, Steigerung der Personalkosten durch den Abschluss eines Rahmentarifvertrages sowie kostenintensive Großreparaturen durch Fremdfirmen. Rechtlich ist das alles in Ordnung. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat dem zugestimmt.

Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für die Durchführung von Ersatzvornahmen (Bauaufsicht)

Hier geht es um Gebäude, die sich in privater Hand befinden, jedoch deren Zustand eine Gefahr ist. In der Regel werden die Eigentümer über Jahre immer wieder aufgefordert, etwas zu unternehmen. Als letzte Maßnahme greift die Bauaufsicht des Landratsamtes ein. Natürlich versucht das Landratsamt das Geld anschließend wieder einzutreiben. Bereits im letzten Jahr musste der Landkreis wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen um Gefahr für die Öffentlichkeit abzuwenden. Wir berichteten darüber. In diesem Jahr reichen die geplanten 300.000 EUR wieder nicht aus. Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschloss die Mittelfreigabe.

Im Rahmen der bereits langjährig bestehenden interparlamentarischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Baschkortostan nahm MdL Dr. Jana Pinka Ende August an einer fünftägigen Informationsreise in die Republik am östlichsten Rand Europas teil. Zur Delegation unter Leitung von Sebastian Frieder Fischer (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft im Sächsischen Landtag, gehören neben Ausschussmitgliedern weitere sächsische Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der sächsischen Wirtschaft. Auf dem Programm standen unter anderem Treffen mit führenden Per-

wären Projekte auf einigen Gebieten durchaus möglich.“ Dafür nennt Jana Pinka drei umsetzbare Ideen:

1. Baschkortostan hofft im September von der UNESCO den Status Weltnaturerbe für seinen Geopark zu bekommen. Sollte dies erfolgreich sein, würde sich eine Unterstützung des im Aufbau befindlichen Geoparks in Sachsen im Tharandter Wald anbieten.

2. Baschkortostan ist reich an Bodenschätzen. Durch die Aufbereitung von sulfidischen Erzen kommen die gleichen ökologischen Probleme wie in anderen europäischen Ländern



Larissa und Katarina vom baschkirischen Umweltministerium haben den Antrag für das Geopark Projekt erarbeitet. Die Entscheidung der UNESCO fällt im September.

sönlichkeiten aus Ministerien in der Hauptstadt Ufa, der Staatsversammlung-Kurultaj und der Baschkirischen Agraruniversität. Außerdem besuchte die Delegation Agrar- und Forstbetriebe des Landes sowie das Biosphärenreservat Schulgan-Tasch im Süd-Ural. Ziel der Reise war es, die Entwicklungsperspektiven der verschiedenen Branchen kennen zu lernen sowie Möglichkeiten der Umsetzung bilateraler Investitionsprojekte und die Gründung von Joint Ventures in Baschkortostan zu prüfen. Dabei wurde auch das Thema der fort dauernden Sanktionen Deutschlands gegen Russland diskutiert. Jana Pinka dazu: „Die Linke lehnt diese Sanktionen ausdrücklich ab. Sie schaden Russland, Deutschland und Sachsen sowohl auf wirtschaftlicher als auch menschlicher Basis. Und trotzdem

auf – es gibt kontaminierte saure Gruben- und Oberflächenwässer, Flotationsrückstände müssen verwahrt werden usw. Sachsen und insbesondere Freiberg hat hier große Kompetenzen im Bereich der Erkundung und des Abbaus von Lagerstätten sowie deren Sanierung. Jana Pinka wird diese Probleme mit dem Rektor der TU Bergakademie besprechen, um vielleicht weiterhelfen zu können.

3. Baschkortostans wunderschöne Landschaft ist ideal für naturnahen Tourismus. Allerdings besuchen jährlich nur etwa 100.000 Ausländerinnen und Ausländer das Land, das ein deutlich höheres Potential besitzt. Hier bedarf es des Ausbaus von Strukturen, auch auf diesem Gebiet könnte Sachsen mit seiner Marketinggesellschaft helfen.

Anfang Juni fuhr ich für drei Tage nach Trier. Es war bereits mein vierter Besuch in der ältesten und bestimmt auch einer der schönsten Städte Deutschlands. Im Mittelpunkt stand dabei bisher für mich immer das einzigartige UNESCO-Welterbe mit den römischen Baudenkmalern, allen voran der Porta Nigra und der Konstantinbasilika, sowie dem im Kern romanischen Dom und der frühgotische Liebfrauenkirche. Zweimal besuchte ich allerdings auch das Geburtshaus von Karl Marx, aber mehr als „Zugabe“ zu meinen Städte-Reise. Diesmal aber war Trier vor allem deshalb mein Ziel, weil Karl Marx vor 200 Jahren hier geboren wurde. Ich war beeindruckt, wie sich die Stadt im „tiefsten Westen“ auf das Jubiläum vorbereitet hat, obwohl Karl Marx nur bis zu seinem 17. Lebensjahr hier aufwuchs, das Gymnasium besuchte und das Abitur ablegte. Später kehrte er, im Gegensatz zu seiner späteren Ehefrau Jenny von Westphalen, aus der „großen weiten Welt“ kaum nach Trier zurück. Noch bis zum 21. Oktober ist die große Landesausstellung zu sehen, die dem Leben und Werk von Karl Marx gewidmet ist. Mitte August zogen die Veranstalter ihre „100-Tage-Bilanz“. Bis dahin sahen seit dem 5. Mai rund 80.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen an den vier Standorten in Trier. Bis Anfang September haben mehr als 40.000 Menschen das Rahmenprogramm - Open-Air Filme, Revue, Lesungen u.a. - besucht. Bereits in unserer Juni- und Juli-Ausgabe habe ich - wenn auch sehr kurz - erste Eindrücke meiner Fahrt nach Trier geschildert, ohne aus Platzgründen dabei ins Detail gehen zu können. Nach der August-Ausgabe werde ich heute und im Oktober - jetzt auch etwas ausführlicher - in Wort und Bild darüber berichten, wie Trier seinen großen Sohn zu dessen 200. Geburtsjahr würdigt.



Das Geburtshaus von Karl Marx geriet in Vergessenheit und wurde erst 1904 als solches identifiziert. Die SPD konnte erst 1928 nach langem Bemühen das im 19. und frühen 20. Jahrhundert mehrfach stark veränderte Haus erwerben und den ursprünglichen Zustand des Gebäudes wiederherstellen. Mit der Machtergreifung Hitlers wurde das prestigeträchtige Haus zwangsenteignet und als Druckerei für die Trierer NSDAP-Zeitung genutzt. Am 5. Mai wurde es als Museum zu Leben und Werk von Karl Marx eröffnet, 1968 in die Friedrich-Ebert-Stiftung eingegliedert und durch Willy Brandt neu eröffnet. In den Jahren 1983 und 2005 wurde die Ausstellung neu konzipiert. Am 10. September 1987 besuchte Erich Honecker im Rahmen seines Besuchs in der BRD das Museum.

mein reisebericht aus trier - teil 4

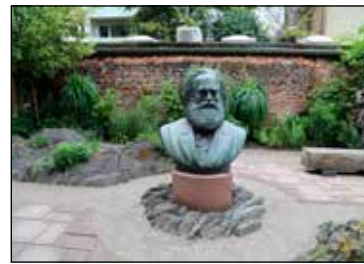
Im Museum Karl-Marx-Haus wird eine der Partnerausstellungen der Großen Rheinland-Pfälzischen Landesausstellung zum 200. Geburtstag von Karl Marx gezeigt. Ich hatte es - wie bereits mehrfach erwähnt - auch während meiner vorhergehenden Trier-Aufenthalte bereits besucht. Inzwischen zeigt es sich gestalterisch in einem völlig neuen Licht. Verantwortlich dafür ist die durch die SPD-nahe Friedrich-Ebert am 5. Mai eröffnete neue Dauerausstellung. Sie stellt sich nach den Worten ihrer Gestalter das Ziel, die Wirkungsgeschichte von Marx' Ideen bis in die Gegenwart aufzuzeigen und versteht sich als historisch-politischer Lernort.

zunächst für eine halbe Stunde ganz für mich allein. Dann aber rückten die größtenteils chinesischen Touristen in größerer Menge an.

Die im Eingangsraum dargestellte Skizze zu Leben und Werk von



Karl Marx war das Titelbild unserer Juli-Ausgabe. In den einzelnen Ausstellungsräumen in drei ziemlich verwinkelten Etagen wurde in kurzen Worten auf das



jeweilige Thema hingewiesen. Unten dargestellt die Meinung der Ausstellungsgestalter zu den Ideen von Karl Marx und ihrer Wirkung bis heute und zu seinem phänomenalen Lebenswerk.



Der Lesesessel von Karl Marx: Er stand in der Londoner Privatwohnung der Familie Marx. In ihm hat Karl Marx viel gelesen und nachgedacht. In diesem Sessel soll er auch gestorben sein.

Nach einem kurzen Stehbibbiss ging es per pedes quer durch die reizvolle Innenstadt von Trier zur Ausstellung im Stadtmuseum Simeonstift direkt an der Porta Nigra.

Von Trier in die Welt: Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute

Am 5. Mai 1818 kommt Karl Marx auf die Welt. Die Eltern wünschen sich für ihren Sohn zum Karriere als Jurist. Es kommt anders. In Trier beginnt das Leben eines Mannes, der als Staatseuropäer im Exil lebt und am 14. März 1883 als der Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker des 19. Jahrhunderts in London stirbt. Als Philosoph, Geschichtswissenschaftler, Ökonom und politischer Journalist hat Karl Marx auf seine Zeit und entwickelt Perspektiven auf die Zukunft. In unserer Gegenwart zum 200. Geburtstag von Karl Marx wird sein Werk in Abhängigkeit von der Zeit und der Gesellschaft. Seine radikale Kritik und zeitgenössischen Analysen begeistern viele. Politische Aktive und Journalisten sowie soziale und politische Bewegungen nach Karl Marx im 20. Jahrhundert groß und beeinflusst ihn. Die Zusammenhänge sind vielfältig: politisches Symbol, Hilfsbringer, Fräule des Kommunismus, Ikone, aber auch Inbegriff. Auf diese Geschichte schaut die Ausstellung. Sie führt Einblicke in die Biografie von Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis in unsere Gegenwart. Durch die politischen Instrumentalisierungen im 20. Jahrhundert haben im 21. Jahrhundert Marx Anspruch, die Welt zu verändern, und seine Fragen nach der Wahrheit von Anwalt und Wissenschaftler relevant.

Das Lebenswerk

Karl Marx ist Philosoph und Journalist, Gesellschaftswissenschaftler und Ökonom. Wie Charles Darwin die Gesetze der Evolution erhebt, beansprucht er, die gesellschaftliche Weltformel zu entschlüsseln. Es geht ihm darum, die Welt zu begreifen: Denn nur wer ihre Strukturen kennt, kann die Welt verändern und die Menschen aus unfreien Lebensverhältnissen befreien. Es ist eine Kritik im Handgemachten - Kritik an den zeitgenössischen Wissenschaften, Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und Kritik durch Analyse des Kapitalismus. Zutiefst von der Richtigkeit seiner Ansätze überzeugt, liest, denkt und schreibt Marx bis zum Tod 1883 unermüdlich. Den eigenen Anspruch zu erfüllen ist nahezu unmöglich: Trotz vielfältiger Unterstützungen verliert er sich bei vielen Projekten in Details, manches ist widersprüchlich, vieles bleibt fragmentarisch und unveröffentlicht. Sein Werk ist der vielschichtige Versuch, den Sozialismus wissenschaftlich zu begründen, doch keine Anleitung zur Überwindung des Kapitalismus.

nochmals zum „scheitern des realen sozialismus“

Im folgenden eine Wortmeldung des Genossen PETER PÖSCHMANN aus Döbeln zum Artikel von REINHARD KLUGE aus Rechenberg-Bienenmühle unter der Überschrift „Zum Scheitern des realen Sozialismus.“

Werter Genosse Kluge,

„alles dem Klassenfeind in die Schuhe zu schieben“ ist sicher nicht ganz Richtig. Aber eine alte Trainerweisheit ist mir in Erinnerung, die behauptet, du kannst nur so gut spielen, wie es der Gegner zulässt. Vielleicht finden wir eine Erklärung, bevor Marx den wissenschaftlichen Kommunismus begründete. So kam zum Beispiel Jean-Jacques Rousseau, der Vater der Aufklärung, Philosoph des 18. Jahrhunderts, zu der Erkenntnis: „Der Erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam, zu sagen, dies gehört mir und Leute fand, die so einfältig waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer des bürgerlichen Staates. Hütet euch, diesen Betrügem Glauben zu schenken, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemanden gehört!“ Zu spät, das Eigentum war entstanden, damit Besitz begründet und seither ist das Besitzdenken eine dominierende Triebkraft menschlichen Handelns geworden.

Seit Jahrtausenden versuchen Religionen, Philosophen oder Ökonomen wie Jesus von Nazareth, Aristoteles, Platon, Thomas Morus (Utopia), John Locke und viele andere die Menschen von der Jagd nach Besitz auszureden, vergeblich. Selbst das vernichtende Urteil des französischen Anarchisten, Pierre Proudhon: „Eigentum ist Diebstahl!“ perlte an der selbstgefälligen Macht der Reichen ab. Auch als Karl Marx den geschichtlich bedingten Untergang des Kapitalismus theoretisch nachwies, erkannten wir, dass die ökonomische Eroberung der politischen und ökonomischen Macht die eine Seite der Medaille war, aber die Schaffung des „Neuen Menschen“, der frei von Besitzdenken, sich den Gemeinwohl der Menschen widmete, war die eine Ausnahme. Der Mensch wollte mehr haben als sein. (frei nach Erich Fromm)

Eine der Gründe für das Scheitern des Sozialismus sei die „unzureichende Entwicklung der Demokratie“ gewesen. Fakt ist, dass es die DDR eine Verfassung hatte, die im Volk als Entwurf diskutiert wurde, bevor sie Gesetzeskraft erlangte. In

der Volkskammer saßen mehr Volksvertreter als heute im Bundestag. In den sozialistischen Betrieben kann ich ein Demokratiedefizit aus eigener Erfahrung nicht bestätigen. In einem großen Thüringer Landmaschinenbetrieb mit ca. 6000 Beschäftigten, einem Jahresumsatz von immerhin 1 Mrd. Mark, wurde Mitbestimmung gelebt. Im Kostenrahmen des Betriebes waren Betriebspoliklinik, Weiterbildungszentrum, ein Kulturhaus mit Kabarett, Werksorchester und Theater, Ferienlager, das Lehrwerk mit Betriebsberufsschule integriert. Die Gestaltung am Betriebsablauf sicherten sich die sozialistischen Brigaden, die in einem jährlich zu erneuernden Betriebskollektivvertrag zwischen den Werk tätigen und der staatlichen Leitung abrechenbare Verpflichtung eingingen. In den Betrieben waren Parteien und Massenorganisationen integriert, Ferien-, Wohnungs- und Küchenkommissionen hatten ein Mitspracherecht, aber auch die Kampfgruppen und die Zivilverteidigung gehörten dazu. Es gab eine Vielzahl von Patenschaftsbeziehungen zu den wichtigsten territorialen Einrichtungen z. B. den Schulen. Der sozialistische Betrieb war das Herz der Region. Nachdem dieses Herz aufgehört hatte, zu schlagen, begann der Kahlschlag. 100 000 e gingen ins nunmehr gesamtdeutsche Exil. Als nach 1990 die ersten Kapitalisten ihre Krallen nach unseren Betrieb ausstreckten, waren sie erstaunt bis entsetzt, über das Maß an demokratischer Mitbestimmung. Aber das hatte seinen Preis. Die Gemeinkosten betragen ca. 1000 %. Damit waren wir in der Arbeitsproduktivität, wenn man den Stückpreisvergleich machte, natürlich unterlegen. Vielleicht waren wir wegen zu viel Demokratie an der falschen Stelle und nicht wegen deren Fehlen, ins Hintertreffen geraten. Unsere Besucher aus den Westen waren entsetzt: Ihr seid ja wahnsinnig, das konnte nicht gut gehen. Die Strahlkraft der sozialistischen Idee verblasste, als sich herausstellte, dass die vergleichbare Lebensqualität in der Konsumtion zwischen Ost und West sich in Richtung D-Mark verschob. Die Einführung der DM in den Westsektoren 1948 zeigt jetzt ihre beabsichtigte Wirkung. Das Besitzdenken war nicht verkümmert, im Gegenteil! Dabei wurde das einmalige soziale System der DDR, an das sich viele ältere Bürger mit Wehmut erinnern, weil selbstverständlich, nicht mehr wahrgenommen. Die Wende wurde nicht durch den Ruf nach Freiheit und Demokratie er-

zwungen, sondern mit dem Ruf nach der D-Mark und der Hoffnung auf ein bessere Leben. Die Sehnsucht hieß, sofort ein West-Auto, eine Reise in den Süden und keine Diktatur. Dass sie die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur des Kapitals eingetauscht hatten, kam ihnen erst spät, für viele zu spät, zu Bewusstsein.

Heute, mit einem Abstand von fast 30 Jahren zur „Kehre“ (Steimle), ist der Mensch durch Erfahrung klüger. Selbst die verfluchte Mauer bekommt einen anderen Anstrich, wenn man ihr unterstellt, dass ihre Existenz die Zustände verhindert haben, weswegen heute hunderttausende auf den Straßen und Plätzen demonstrieren, oder nicht auf die Straße gehen, weil sie Angst haben. Man kann zusammenfassend sagen, der real existierende Sozialismus ist am „alten Adam“ gescheitert.

Heute, am 4. September startet die Bewegung „Aufstehen“ von Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. Sie hat, wie andere auch, erkannt, dass die sogenannten Volksparteien keine mehr sind. An der Nahtstelle der alten Klassenstrukturen ist die Schere zwischen Arm und Reich so auseinandergegangen, dass die bürgerliche Demokratie in einer tiefen Krise steckt und nach rechts abdriftet, nicht nur in Deutschland. Das transatlantische Bündnis zerfasert und die EU ist ein löcheriger Flickenteppich geworden. Wenn sich die Bewegung „Aufstehen“ an das sogenannte Prekariat wendet, hat sie eine Massenbasis, denn es wird immer mehr Arme als Reiche geben. Soweit man das bis jetzt erkennen kann, lehnt Sahra ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) ab. Das aber könnte den linken Traum von der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten erst möglich machen. Das BGE favorisiert aber ihre ungeliebte Genossin Katja Kipping, immerhin Parteivorsitzende der LINKEN. Die Bewegung „Aufstehen“ als Weg zu mehr Demokratie, welche die Linke mit einem transformatorische Prozess zu einem „demokratischen Sozialismus“ im Programm haben, kostet Geld und zwar das Geld der Reichen. Wie das die kluge und schöne Sahra praktisch machen will, wird die Zukunft zeigen. Selbst wenn man aufgestanden ist, muss jemand sagen, wie und wohin der Weg geht. Der aufrechte Gang reicht nicht, die Ostler haben das erfahren. Ich bin gespannt aber ich bin dabei.

Soweit ein etwas „unmarxistischer“ Beitrag zum Thema.

Initiative „aufstehen“

Im Ergebnis der Beratung im Parteivorstand am 8. und 9. September wurde folgende Information zur Haltung zur Initiative „aufstehen“ an die Kreisvorsitzenden der LINKEN übermittelt.

Ausführlich beriet der Parteivorstand die Initiative „aufstehen“. Mit deutlicher Mehrheit wurde ein Antrag beschlossen, der feststellt, dass die LINKE bereits jetzt schon in sehr vielen Bewegungen und Initiativen verankert ist. „Die Initiative ‚aufstehen‘ ist kein Projekt der Partei DIE LINKE, sondern ein Projekt von Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und weiteren Einzelpersonen. Diese Initiative, ihre Ziele und Implikationen wurden zu keinem Zeitpunkt in den Gremien der Partei zur Diskussion gestellt...Die Frage, wie es gelingt, noch stärker ehemalige SPD-Wähler_innen und auch Nicht-Wähler_Innen zu mobilisieren, ist berechtigt. Unsere Antwort darauf ist eine Politik, die gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in den Vordergrund stellt und die Solidarität der Vielen verbindet...Wir bauen auf den Einsatz unserer Mitglieder und erwarten von unseren Mandatsträger_innen, dass sie unsere Genoss_innen vor Ort zu unterstützen und so DIE LINKE zu stärken. Dann haben wir eine Chance, in Bayern erstmals und in Hessen gestärkt in den Landtag einzuziehen.“

enrico stange zum entwurf des neuen polizeigesetzes

Am 12. September sprach MdL Enrico Stange, innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha zu den „Knackpunkten“ des Entwurfs eines neuen Sächsischen Polizeigesetzes. Zum gleichen Thema findet am 19. September eine öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsver-



bandes Mittweida statt. Im Mittelpunkt stand die drohende massive Kompetenzerweiterung der Polizei und der Polizeibehörden.

das dublin-verfahren als teil des deutschen asylverfahrens

Das Dublin-Verfahren ist jener Teil des deutschen Asylverfahrens, in dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prüft, ob Deutschland für den Asylantrag zuständig ist.

Das Dublin-Verfahren hat seinen Namen von der europäischen Dublin-III-Verordnung von 2013. Neben den Staaten der Europäischen Union wenden die Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island die Verordnung an. Die Dublin-III-Verordnung legt Kriterien für die Zuständigkeit für ein Asylverfahren fest. Diese Regeln sollen in erster Linie sicherstellen, dass im Gebiet der „Dublin-Staaten“ nur ein Asylverfahren durchgeführt wird. Asylsuchende sollen also nicht in mehreren europäischen Ländern nacheinander Asylanträge stellen dürfen. Stellt jemand einen Antrag auf internationalen Schutz in Deutschland, prüft das BAMF zunächst, ob Deutschland überhaupt für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Hierzu werden die Antragsteller insbesondere dazu befragt, wann und wo die Einreise nach Europa stattgefunden hat und es wird in der Datenbank EURODAC geprüft, ob in einem anderen beteiligten Staat bereits Fingerabdrücke gespeichert wurden. Ergeben sich bei diesem Abgleich oder in der Befragung Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedsstaates, leitet das BAMF ein sogenanntes Dublin-Verfahren ein.

zuständigkeitsprüfung

Bei der Bestimmung des zuständigen Mitgliedsstaats gilt eine festgelegte Prüfungsreihenfolge. Besondere Berücksichtigung findet dabei der Grundsatz des Kindeswohls und das Prinzip der Familieneinheit. Ergibt sich hieraus keine Zuständigkeit eines beteiligten Staates, wird geprüft, ob aufgrund der legalen Einreise oder anhand des illegalen Grenzübertritts in einen beteiligten Dublin-Staat dessen Verantwortung für die Prüfung des Asylantrags besteht.

Die Zuständigkeit wird anhand der folgenden Prüfungsreihenfolge ermittelt:

- Unbegleitete Kinder und Jugendliche: Es ist der Staat zuständig, in dem sich bereits Familienangehörige aufhalten oder, falls dies nicht der Fall ist, der Staat des gegenwärtigen Aufenthalts, soweit dies jeweils dem Kindeswohl dient.
- Familienangehörige: Wenn sich bereits enge Angehörige (Mitglieder der Kernfamilie oder bei unbegleiteten Minderjährigen auch andere Sorgeberechtigte) innerhalb der Europäischen Union aufhalten und sich entweder im Asylverfahren befinden oder ihnen Schutz gewährt wurde, ist dieser Staat auf Wunsch der Betroffenen für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Soweit mehrere Famili-

enmitglieder zeitnah Schutz beantragen, soll für die Anträge dieser Familienmitglieder nur ein Staat zuständig sein.

- Legale Einreise in einen Dublin-Staat: Hat ein Dublin-Staat die Einreise einer Person durch die Ausstellung eines Visums oder anderen Aufenthaltstitels ermöglicht und beantragt diese Person im späteren Verlauf internationalen Schutz, ist der ausstellende Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig.
- Illegale Einreise: Übertritt eine Person die Grenze eines Mitgliedsstaates ohne die erforderlichen Einreisepapiere, ist dieser Staat für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständig. Eine Zuständigkeit wird auch dann begründet, wenn sich der Antragsteller für einen Zeitraum von fünf Monaten ununterbrochen in einem Dublin-Staat aufgehalten hat.
- Visumsfreie Einreise: Durfte eine Person ohne Visum einreisen, ist dieser Mitgliedsstaat für die Prüfung zuständig.
- Transitverfahren: Stellt eine Person einen Antrag im Transitbereich eines Flughafens, so ist dieser Mitgliedsstaat für die Prüfung zuständig.

Lässt sich nach diesen Kriterien kein zuständiger Staat ermitteln, ist derjenige Mitgliedsstaat zuständig, in dem zum ersten Mal ein Asylantrag gestellt wurde.

ausnahmeregelungen

Das Asylverfahren ist auch dann in Deutschland durchzuführen, wenn eine der folgenden Ausnahmeregelungen greift, auch wenn nach den allgemeinen Zuständigkeitskriterien ein anderer Staat eigentlich zuständig wäre. So ist es aus nachfolgenden Gründen dem Antragsteller nicht zumutbar, das Verfahren in dem ursprünglich zuständigen Staat durchzuführen.

- Aus humanitären Gründen: Ist ein Antragsteller aufgrund seiner besonderen Lebenssituation von Unterstützung abhängig, zum Beispiel bei schwerer Krankheit, sollte auf familiäre Bindungen Rücksicht genommen werden. Gleiches gilt, wenn andere Familienmitglieder von der entsprechenden Unterstützung des Antragstellers abhängig sind.
- Systemische Mängel: Die Zuständigkeitsregelung kann außer Kraft gesetzt werden, wenn das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen für Antragsteller in dem zuständigen Dublin-Staat systemische Mängel aufweisen und die Gefahr einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung besteht. Doch auch wenn keine systemischen Mängel in einem Mitgliedsstaat festgestellt werden können, kann im Einzelfall die Gefahr einer unmenschlichen Behandlung drohen.
- Selbsteintrittsrecht: Jeder Mitgliedsstaat kann im Einzelfall einen sogenannten

Selbsteintritt ausüben und unabhängig von den genannten Kriterien die Zuständigkeit für einen bei ihm gestellten Antrag übernehmen. Dieser ist an keine festen Voraussetzungen geknüpft. Die Übernahme der Zuständigkeit kann aus politischen oder humanitären Gründen erfolgen. Ein Anspruch auf die Ausübung eines Selbsteintritts besteht nicht, da eine Entscheidung darüber im Ermessen des BAMF liegt.

- Fristablauf: Das Dublin-Verfahren stellt lediglich ein Vorverfahren dar und darf nicht zu lange dauern. Aus diesem Grund sind die Staaten bei der Ermittlung der Zuständigkeit an Fristen gebunden. Derjenige Staat, der eine Frist verstreichen lässt, wird aufgrund der Verordnung automatisch zuständig.

zuständigkeit deutschlands

Aufgrund seiner geographischen Lage ist Deutschland oftmals nicht für das Asylverfahren zuständig, weil bereits die Zuständigkeit eines anderen Staates vorliegt, über den die Person nach Deutschland gelangt ist. Selbst wenn zunächst kein Zuständigkeitskriterium für Deutschland greift, kann es im Laufe des Verfahrens aber noch zu einer Übernahme oder einem Übergang der Zuständigkeit auf Deutschland kommen. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn eine der o.g. Ausnahmeregelungen greift.

Europäische Gerichte haben entschieden, dass keine Überstellung erfolgen darf, wenn im ursprünglich zuständigen Dublin-Staat „systemische Mängel“ bestehen, wenn der Staat also grundsätzlich nicht in der Lage ist, die Asylsuchenden angemessen zu versorgen und/oder ein faires Asylverfahren zu garantieren. Dieser Grundsatz wurde mittlerweile auch in die Dublin-Verordnung aufgenommen. Das Bestehen systemischer Mängel wird seit 2011 für Griechenland angenommen, weshalb keine Dublin-Überstellungen nach Griechenland mehr stattfinden. Zahlreiche Verwaltungsgerichte haben immer wieder systemische Mängel z.B. in Ungarn, Bulgarien oder Italien festgestellt und Überstellungen in diese Staaten gestoppt. Andere Gerichte haben dem widersprochen, sodass sich bislang keine einheitliche Rechtsprechung herausgebildet hat.

Wenn Deutschland nicht zuständig ist, erhalten die Antragsteller einen schriftlichen Bescheid vom BAMF. Diese Ablehnung bedeutet nicht, dass der Asylantrag in der Sache abgelehnt worden ist. Es wird nur festgestellt, dass ein anderer Staat – nicht Deutschland – für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Die Betroffenen müssen dann innerhalb einer bestimmten Frist (max. 6 Monate) in das zuständige Land verbracht werden, unter Voraussetzung der Zustimmung oder Zustimmungsfiktion des anderen Dublin-Staates.

von ACHIM GRUNKE

Gegen die Entscheidung kann gerichtlich geklagt werden. Das geht allerdings nur innerhalb weniger Tage (max. 2 Wochen). Um eine Überstellung zu verhindern, kann bei Einlegung einer Klage auch einstweiliger Rechtsschutz gegen die Durchführung der Überstellung beantragt werden. Wenn keine Klage eingelegt wurde oder diese erfolglos blieb, erfolgt eine Überstellung in den zuständigen Staat.

(Quellen: www.unhcr.org/dach/de/; www.asyl.net/)

dublin-system gescheitert

Lange Zeit profitierte Deutschland von dem Dublin-Verfahren, da die Staaten an den EU-Außengrenzen, vor allem Italien, Griechenland oder Ungarn, den Flüchtlingsstrom auffingen. Danach konnte kaum ein Flüchtling mehr nach Deutschland gelangen, ohne davor einen anderen EU-Staat zu betreten. Als Anfang der 2000er-Jahre eine verstärkte Flüchtlingswanderung aus Afrika einsetzte, gerieten zunächst Spanien, später Malta, Zypern und Griechenland zunehmend unter Druck. Und als im Jahr 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge in die EU-Mitgliedstaaten drängten, kollabierte das bisherige Dublin-System. Eine Reform des bisherigen Dublin-Systems hin zu einem dauerhaften kollektiven System der Verteilung der Flüchtlinge in der EU („Dublin IV“) ist bislang gescheitert.

Stattdessen hat Deutschland Abkommen über die Rücknahme von Flüchtlingen mit einzelnen Ländern abgeschlossen (Griechenland, Spanien), was in der Praxis aber nur eine kleine Zahl von Flüchtlingen betreffen dürfte.

ausreisepflichtige

Nach Auskunft des BAMF hielten sich mit Stichtag 30. April d.J. 232.838 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland (ausgenommen Dublin-Fälle) in Deutschland auf. Davon hatten 171.584 Personen eine Duldung. Übrig blieben 61.254 abgelehnte Asylbewerber ohne Duldung in Deutschland, die als „vollziehbar ausreisepflichtig“ galten.

kreisvorstand aktuell

Die Beratung des Kreisvorstands wurde vom 12. auf den 19. September verschoben. Wir berichten dazu im Oktober. Bereits am 18. September findet eine Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden statt. Am 5. September konstituierte sich der kreisliche Wahlstab. Mehr dazu auf den Seiten -4- und -5- dieser Ausgabe.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im oktober 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

INGE THOMAS	geb. am	01.10.1938,	in	Brand-Erbisdorf
MANFRED KUNZE	geb. am	02.10.1931,	in	Hainichen
SONNIA ZIMMER	geb. am	03.10.1925,	in	Hainichen
PETER KACZMAREK	geb. am	03.10.1937,	in	Leisnig
KARLA BÖRNER	geb. am	09.10.1925,	in	Freiberg
WALTER EXNER	geb. am	10.10.1938,	in	Rochlitz
RENATE FROST	geb. am	13.10.1932,	in	Halsbrücke
GERTRUD PAA	geb. am	13.10.1927,	in	Rochlitz
DIETER LAUTERBACH	geb. am	14.10.1935,	in	Flöha
GERLINDE NEUBERT	geb. am	16.10.1938,	in	Brand-Erbisdorf
GÜNTER ZEUBER	geb. am	17.10.1929,	in	Mittweida
INGRID WIEDEMANN	geb. am	18.10.1937,	in	Taura
INGE KATTNER	geb. am	18.10.1930,	in	Frankenberg
BODO KÜRSCHNER	geb. am	18.10.1925,	in	Hainichen
URSULA UNGER	geb. am	19.10.1925,	in	Brand-Erbisdorf
EHRENFRIED DIETEL	geb. am	21.10.1929,	in	Döbeln
FRANK WERZNER	geb. am	23.10.1948,	in	Leubsdorf
HERBERT SCHUBERT	geb. am	24.10.1938,	in	Freiberg
ACHIM GRUNKE	geb. am	25.10.1948,	in	Freiberg
HANNA LINDNER	geb. am	26.10.1926,	in	Roßwein
JOHANNES KRETZER	geb. am	29.10.1938,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir diese Liste künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage im oktober 2018

03.10. 1843: Johann Heinrich Wilhelm Dietz (Sozialdemokrat, Verleger) in Lübeck geboren.

19.10. 1928: Gründung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Berlin. Vorsitzender: Johannes R. Becher.

17.10. 1938: Karl Kautsky in Amsterdam verstorben.

13.10. 1948: Adolf Hennecke fährt im Karl-Liebnecht-Schacht bei Oelsnitz eine Rekordschicht und gibt damit den Auftakt zur Aktivistenbewegung in der sowjetischen Besatzungszone.

22.10. 1948: Der 1. Deutsche Volksrat beschließt den Entwurf einer „Verfassung für die deutsche demokratische Republik“, die zur öffentlichen Diskussion gestellt wird.

28.10. 1948: Streiks und eine Massenkundgebung in Stuttgart münden in heftige Auseinandersetzungen mit Polizei und Militärbehörde. Die Proteste richten sich gegen die ungebremste Preisentwicklung.

15.10. 1953: Friedrich Wolf (Arzt, Schriftstel-

ler, Diplomat) verstorben.

11.10. 1958: Johannes R. Becher, Schriftsteller und DDR-Kulturminister, gestorben.

28.10. 1958: Der Nobelpreisträger Boris Pasternack wird aus dem sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen.

01.10. 1988: Der Oberste Sowjet der UdSSR wählt Michail Gorbatschow zum Staatsoberhaupt.

03.10. 1988: Franz-Josef Strauß (Ministerpräsident von Bayern, CSU) verstorben.

05.10. 1988: In Chile spricht sich bei einem Referendum die Mehrheit der Stimmberechtigten gegen eine neue Amtszeit Pinochets aus.

28.10. 1993: Die Gemeinsame Verfassungskommission legt ihren Abschlussbericht vor und empfiehlt das Grundgesetz lediglich behutsam zu überarbeiten.

26.10. 2003: Das neue Programm der PDS wird vom 8. Parteitag in Chemnitz angenommen.

terminübersicht

september 2018:

- 18.09. 18:00 Uhr Beratung mit den Orts- und Basisgruppen-Vorsitzenden
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 19.09. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

oktober 2018:

- 01.10. 17:00 Uhr Regionalkonferenz zum Thema
„Mitgliederentscheid/-befragung“
Döbeln, Fichtestraße 10, „WeiWei“
- 10.10. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Mittweida, Bürgerbüro Weberstraße 30
- 20.10. 10:00 Uhr Kreisparteitag
Alte Baumwolle Flöha, Stadtsaal

vorschau:

- 02./03.11. Linker Kommunalkongress 2018
Berlin, Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Str. 2-9



DANKE!

Sehr Genosse Dieter Erlor,

auch dank Deiner Hilfe war es uns möglich, das Ehrenmal für die beiden sowjetischen Piloten Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow, die am 19. Oktober 1966 ihr Leben opferten, um das Leben anderer Menschen nicht zu gefährden, wieder in einen würdigen Zustand versetzen zu lassen. Dafür möchten wir uns bei Dir auf das Herzlichste bedanken.

Gleichzeitig möchten wir Dich zur feierlichen Wiedereinweihung des Ehrenmals am Weltfriedenstag, dem 01. September 2018, 10 Uhr, recht herzlich einladen.

Roland Wöller
Bernd Grant
Vorsitzender
DIE LINKE,
Ortsverband Geithain

Ulrich Böhme
Ulrich Böhme
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE,
im Geithainer Stadtrat

In unserer Juli-Ausgabe berichteten wir darüber, wie sich Genosse **DIETER ERLER**, Mitglied des Kreisvorstandes, für ein im zu Geithain (Landkreis Westsachsen) gehörigen Ortsteil Syhra befindliches Fliegerdenkmal einsetzt. Gewidmet ist es zwei Angehörigen der Fliegerkräfte der Sowjetarmee, die am 19. Oktober 1966 ihr Leben nicht schonen, sich nicht aus ihrer brennenden MIG 21 U kapultierten und dadurch Menschen der Ortschaft Syhra vor dem Tod bewahrten.

Das Denkmal befand sich bis zur Frühjahr in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Der Ortsverband Geithain der LINKEN nahm sich der Sache an und rief zu einer Spendenaktion auf. Die war erfolgreich! Am Weltfriedenstag konnte das Ehrenmal wiedereingeweiht werden.

„katzendrama“ bleibt ungelöst

Im August berichteten wir darüber, dass vom Landratsamt die Haltung von zwei Katzen durch die Flüchtlingsfamilie Estabraq untersagt wurde. Die Familie mit zwei Kindern zog wegen der Schließung einer Flüchtlingsunterkunft in Freiberg in eine Wohnung in Leisnig und die beiden mitgebrachten Katzen (in Freiberg gab



es keine Probleme) mussten im Tierheim untergebracht werden.

Inzwischen liegt die Antwort von Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöller auf eine kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten der LINKEN, Susanne Schaper vor. Auf drei Seiten wird im besten Beamtendeutsch erklärt, dass es keine Chance gibt, die Katzen aus dem Tierheim in die Wohnung der Familie zu holen. Obwohl eingeräumt wird, dass in einer abgeschlossenen Wohnung zwar bestimmte Gründe gegen eine Tierhaltung nicht zutreffen, man müsse aber die Notwendigkeit der „weitgehenden Gleichbehandlung aller Unterbringungsplätze“ und „den vorübergehenden Charakter dieser Unterbringung bei gleichzeitig hohem Risiko einer notwendigen Ausreise des Tierhalters“ beachten.



Der Landesvorstand der LINKEN organisiert vom 19. bis 21. Oktober eine Bildungsreise nach Trier zum Abschluss der Feierlichkeiten anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx. Die Kosten belaufen sich auf 190 € p.P. bei einer Übernachtung im Doppelzimmer. Im Preis enthalten sind der Bustransfer nach Trier und zurück, zwei Nächte im Hotel, inkl. Frühstück, Abendessen, sowie Eintritte und Führungen zu allen Programmpunkten. Im Bedarfsfall kann die Reise durch einen Zuschuss unseres Kreisverbandes unterstützt werden. Telefonische Anmeldungen - in Abhängigkeit davon, ob noch Plätze zur Verfügung stehen - sind unter der im Impressum genannten Telefon-Nr. in der Kreisgeschäftsstelle möglich.

Die Regionalgruppe Freiberg des RotFuchs-Fördervereins e.V. lädt zu einer Veranstaltung mit dem Kulturpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Landtag, **FRANZ SODANN**, ein. Franz Sodann wird zum Thema „Was Opposition kann“ sprechen und über seine Arbeit im Landtag berichten. Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 5. Oktober, 16 Uhr, im Hotel „Regenbogenhaus“, Freiberg, Brückenstraße 5 statt.